



Politik

EU erklärt kritische Bürger zu Gesetzlosen

12. Januar 2026

9,2 Minuten Lesezeit

von [Karel Beckman](#)

Mit einstimmiger Unterstützung der Mitgliedstaaten hat die EU mehreren Dutzend Bürgern ihre Bürgerrechte entzogen, nur weil sie die Ukraine-Politik kritisieren. Dies geschah ohne Vorwarnung, ohne jegliche Form eines ordentlichen Verfahrens und ohne sachliche Begründung.

Die Betroffenen können sich rechtlich nicht verteidigen, da sie gegen kein Gesetz verstoßen haben. „Das ist erschütternd“, sagt der deutsche Europaabgeordnete Michael von der Schulenburg, der die Angelegenheit

eingehend untersucht hat. „Diese Menschen wurden zu Gesetzlosen erklärt. Wir kehren zurück ins Mittelalter.“

Es erheben sich einige Stimmen zur Verteidigung der geächteten Bürger. In den Niederlanden hat der FVD-Abgeordnete Gideon van Meijeren (FVD) am 12. Januar Fragen an den niederländischen Außenminister David van Weel gestellt.

Van Meijeren möchte unter anderem wissen, ob der Minister bestätigen kann, dass „EU-Bürger, die nichts Illegales tun, aufgrund dieser Entscheidung weitreichenden Sanktionen unterworfen werden können“. Er fragt den Minister auch, ob er anerkennt, dass Menschen „allein aufgrund unliebsamer Meinungen, die keine Straftaten darstellen“, weitreichenden Sanktionen unterworfen werden können.

Er argumentiert, dass die Niederlande sich im Europäischen Rat nachdrücklich für eine Änderung des Sanktionsregimes einsetzen sollten, das seiner Ansicht nach zumindest „auf Personen beschränkt sein sollte, die sich strafbarer oder nachweislich gewalttätiger Handlungen schuldig gemacht haben“.

Dr. Alexandra Hofer von der Universität Utrecht, die sich auf internationales Recht spezialisiert hat, [erklärt \(https://www.tweedekamer.nl/kamerstukken/kamervragen/detail?id=2026Z00230&did=2026D00605\)](https://www.tweedekamer.nl/kamerstukken/kamervragen/detail?id=2026Z00230&did=2026D00605) in einer E-Mail, sie sei „froh, dass diesem wichtigen Thema im niederländischen Parlament Aufmerksamkeit geschenkt wird“.

Unterdessen hat das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) [in Brüssel offiziell Protest eingelegt \(https://forumgeopolitica.com/article/the-jacques-baud-case-bern-lodges-a-protest-with-the-eu\)](https://forumgeopolitica.com/article/the-jacques-baud-case-bern-lodges-a-protest-with-the-eu) und argumentiert, dass den Sanktionen gegen Jacques Baud kein ordentliches Verfahren vorausgegangen sei und die Meinungsfreiheit nicht respektiert worden sei.

Im vergangenen Monat kam es in der Schweiz und in Deutschland zu Aufruhr, als bekannt wurde, dass der Schweizer Oberst a. D. Jacques Baud auf die Sanktionsliste der EU gesetzt worden war. Der Europäische Rat (die Mitgliedstaaten) und die Europäische Kommission werfen ihm vor, ein „Sprachrohr“ für „pro-russische Propaganda“ zu sein. Außerdem soll er „Verschwörungstheorien“ verbreitet haben. Eine dieser Behauptungen lautet, er habe gesagt, dass „die Ukraine ihre eigene Invasion inszeniert habe, um der NATO beitreten zu können“. Baud, der zuvor unter anderem für die NATO und die UNO gearbeitet und zahlreiche Bücher verfasst hat, ist als gründlicher geopolitischer Analyst bekannt, wenn auch als einer, der der EU-Politik äußerst kritisch gegenübersteht. Er hat keinerlei Verbindungen zu Russland. Auch wird ihm kein Gesetzesverstoß vorgeworfen. Er selbst erklärt, dass die von der Europäischen Kommission angeführte „Verschwörungstheorie“ von einem ukrainischen Regierungsbeamten stammt, den er lediglich zitiert habe.

Dennoch reichten diese Anschuldigungen – ohne weitere Begründung oder Quellenangaben – der EU als Grund aus, ihn auf die Sanktionsliste zu setzen. Diese Liste ist Teil der Sanktionen gegen Russland. Er ist nun die 59. Person auf dieser Liste, auf der nicht nur Russen, sondern auch Deutsche, Schweizer, Franzosen und andere stehen, wie beispielsweise die schweizerisch-kamerunische politische Aktivistin Nathalie Yamb und der deutsche Journalist und Israelkritiker Hüsseyin Dogru.

Die Folgen dieser Maßnahme für Baud und die anderen sind kaum vorstellbar. Ihre Bankkonten sind eingefroren, sie dürfen nicht mehr innerhalb der EU reisen oder den europäischen Luftraum durchqueren. Niemand darf mit ihnen wirtschaftliche Beziehungen unterhalten oder ihnen sogar finanzielle Unterstützung gewähren. Infolgedessen können sie kein Einkommen mehr erzielen. „Sie wurden vollständig ihrer Rechte beraubt“, sagt von der Schulenburg in einem Interview mit dem Schweizer Rechtswissenschaftler Dr. Pascal Lottaz.

Von der Schulenburg ist seit einiger Zeit besorgt über das Schicksal der

sanktionierten Personen. Im Oktober 2025 veröffentlichte er ein ausführliches Rechtsgutachten, das auf seinen Wunsch hin von den beiden Rechtswissenschaftlern Prof. Dr. Ninon Colneric und Prof. Dr. Alina Miron verfasst wurde und in dem das Sanktionsregime analysiert wird. Der den Sanktionsmaßnahmen zugrunde liegende Prozess erweist sich als völlig undurchsichtig. Von der Schulenburg sagt: „Wir wissen nicht, worauf die Entscheidung basiert, wer sie trifft und warum bestimmte Personen ausgewählt werden. Das gesamte Protokoll ist geheim. Die Betroffenen werden nicht vorab gewarnt. Wir sehen nur die Entscheidung. Und diese Entscheidung besteht aus nichts weiter als einer kurzen Beschreibung.“

Was die Situation noch bedrückender macht, ist, dass die Betroffenen laut von der Schulenburg nichts tun können, um ihren Fall anzufechten. „Sie haben gegen kein Gesetz verstoßen. Ich habe keine Ahnung, was diese Menschen tun könnten. Es gibt auch keine zeitliche Begrenzung für die Strafmaßnahmen und es sind keine konkreten Maßnahmen definiert, die sie ergreifen könnten, um von der Liste gestrichen zu werden.“

Von der Schulenburgs Analyse wird von der Rechtswissenschaftlerin Dr. Alexandra Hofer von der Universität Utrecht bestätigt, die ebenfalls von Lottaz interviewt wurde. „Die Betroffenen erhalten keinerlei Informationen. Keine Anschuldigungen, keine Fakten, nichts. Dies ist keine rechtliche, sondern eine administrative Maßnahme“, erklärt Hofer.

Die Betroffenen können sich an den Europäischen Gerichtshof (EuGH) wenden, doch laut Hofer bringt dies wenig Erleichterung. „Der Gerichtshof überprüft lediglich, ob die Angaben in der Entscheidung korrekt sind. Baud wird als ‚Sprachrohr‘ der russischen Propaganda beschrieben – mehr nicht. Es wird beispielsweise nicht gesagt, dass er von Russland bezahlt wird.

Angenommen, er ficht dies an. Was genau ist ein ‚Sprachrohr‘? Das weiß niemand. Der EuGH prüft nicht, ob die Sanktionsentscheidung als solche rechtmäßig oder verhältnismäßig ist. Der EuGH nimmt gegenüber dem Europäischen Rat eine sehr reservierte Haltung ein. Es wird davon

ausgegangen, dass politische Entscheidungen legitime Ziele verfolgen.“ Sie nennt das Beispiel zweier russischer Oligarchen, die auf die Sanktionsliste gesetzt wurden und dies vor dem EuGH angefochten haben. „Sie haben ihren Fall gewonnen, weil sich die Beschreibung in der Sanktionsentscheidung als unrichtig herausstellte. Diese Beschreibung wurde dann geändert, und sie wurden einfach wieder auf die Liste gesetzt.“

Laut Hofer hat das Sanktionsregime seinen Ursprung in der Anti-Terror-Gesetzgebung, die nach den Anschlägen vom 11. September 2001 verabschiedet wurde. „Mit dem Vertrag von Lissabon (2007) erhielt der Europäische Rat die Befugnis, präventiv gegen die Gefahr von Terroranschlägen vorzugehen. Auf diese Weise können sie gegen mutmaßliche ausländische Terroristen vorgehen, ohne dass gerichtliche Verfahren erforderlich sind. Aber jetzt setzen sie dieses Instrument gegen ihre eigenen Bürger ein, die der EU-Politik kritisch gegenüberstehen.“

Lottaz, Initiator von Neutrality Studies, einer Organisation von Wissenschaftlern, die sich auf geopolitische Neutralität spezialisiert haben, weist darauf hin, dass jeder davon betroffen sein kann. „Das kann uns allen passieren. Der Europäische Rat muss lediglich jemanden der sogenannten „ausländischen Informationsmanipulation und Einmischung“ beschuldigen. Ein einziger Absatz, in dem buchstäblich alles behauptet werden kann, reicht aus. Wir sind der Willkür anonymer Beamter ausgeliefert.“

Er befürchtet, dass die bisher verhängten Sanktionen nur der Anfang sind. „Sie haben jetzt dieses Instrument. Ein sehr praktisches Instrument. Man kann es gegen jeden und alles einsetzen.“

Von der Schulenburg findet es besonders beunruhigend, dass sich kaum jemand Gedanken darüber macht, was gerade geschieht. „Die Mainstream-Medien schenken dem kaum Beachtung. Im Europäischen Parlament werde ich von höchstens zehn Abgeordneten unterstützt. Die EU zerstört sich selbst als rechtsstaatliche Verfassung, und niemand scheint sich darum zu kümmern.“

Was sind Menschenrechte in der EU noch wert?

Können Bürger in der EU wirklich so einfach ihrer Rechte beraubt werden? Gibt es keine Möglichkeit, sich auf Menschenrechtsverträge zu berufen? Das erste Problem ist, dass ein Menschenrechtsgericht verlangt, dass jemand zuerst auf nationaler Ebene klagt, sagt Lottaz. Aber ein nationaler Richter darf einen Fall nicht annehmen, weil es sich um eine Entscheidung der EU handelt.

Was ist mit der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)? Seltsamerweise hat die EU diese Konvention nie ratifiziert, bestätigt Hofer. Sie wurde nur von den Mitgliedstaaten ratifiziert. Sie weist darauf hin, dass die EU auch den ICCPR (Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte) nicht unterzeichnet hat.

Dann gibt es noch die Charta der Grundrechte der Europäischen Union, die die Grundrechte der EU-Bürger schützen soll, aber laut Hofer waren Richter oft bereit, Einschränkungen dieser Rechte zu akzeptieren, wenn es um Sanktionen ging. Derzeit untersucht sie gemeinsam mit anderen Juristen, ob es andere Möglichkeiten gibt, erklärt aber gleichzeitig, dass „weitere Maßnahmen erforderlich sind. Wir müssen uns organisieren, uns informieren und uns an das Europäische Parlament wenden.“

Der ehemalige Anwalt Frank Stadermann, der während der COVID-Zeit vielen kritischen Ärzten Rechtsbeistand geleistet hat und kürzlich das Buch „Die Corona-Inquisition“ veröffentlicht hat, nennt es „grundsätzlich inakzeptabel, dass jemand außerhalb nationaler Gesetze und ohne Zugang zu einem nationalen Richter, der über die Maßnahme oder Strafe entscheiden kann, bestraft werden kann. Die betroffene Person sollte das Recht haben, ihre Berufung auf Grundrechte – Rechte, die von der EU verletzt werden – von einem unabhängigen Richter überprüfen zu lassen. Hier geht es weniger um die Auslegung von Gesetzen als um die Achtung elementarer Grundsätze, auf denen die Gesetzgebung basiert oder basieren

sollte.“

„Sie wollen dich psychisch brechen“

Die schweizerisch-kamerunische politische Aktivistin [Nathalie Yamb](https://tkp.at/2025/12/18/sanktionsregime-der-eu-illegal-illegitim-antidemokratisch-und-autoritaer/) (<https://tkp.at/2025/12/18/sanktionsregime-der-eu-illegal-illegitim-antidemokratisch-und-autoritaer/>) wurde noch vor Jacques Baud auf die Sanktionsliste der EU gesetzt. Sie zog den Zorn des französischen Präsidenten Macron auf sich, als sie 2019 auf einer Konferenz in Sotschi, Russland, gegen die französische Präsenz in Afrika sprach – sehr zur Freude vieler Afrikaner, die sie als „die Dame von Sotschi“ bezeichneten. Das US-Außenministerium warf ihr vor, von „dem Netzwerk des (russischen Oligarchen) Jewgeni Prigoschin in Afrika“ unterstützt zu werden.

Die Entscheidung der EU habe sie hart getroffen, erzählt sie Lottaz in einem Interview. Ihre Bankkonten wurden gesperrt. Eines ihrer Konten wurde sogar geschlossen, ohne dass sie ihr Geld zurückerhalten hat. Derzeit befindet sie sich in Afrika, aber selbst dort ist sie von den Sanktionen betroffen. Afrikanische Fluggesellschaften boykottieren sie. Das Reisebüro Expedia kassierte Geld für eine Buchung, die sie für einen Flug außerhalb der EU vorgenommen hatte, und stornierte dann die Reservierung, ohne das Geld zurückzuerstatten. Sogar ihre Spotify-, Netflix- und ähnliche Konten wurden gekündigt. Die Schweizer Behörden unternahmen nichts für sie, sagt sie. „Meine Mutter wird 80. Ich werde bald Großmutter. Aber ich kann weder bei meiner Mutter noch bei meinem Enkelkind in der Schweiz sein. Das ist ihr Ziel: dich psychisch zu brechen, deine Widerstandsfähigkeit und Entschlossenheit zu untergraben. Dafür zu sorgen, dass du so viele finanzielle und persönliche Sorgen hast, dass du deinen Kampf nicht mehr fortsetzen kannst.“

Der Beitrag erschien zuerst auf holländisch in unserem Partnermedium [De Andere Krant](https://deanderekrant.nl/eu-verklaart-critici-vogelvrij/) (<https://deanderekrant.nl/eu-verklaart-critici-vogelvrij/>).

Karel Beckman ist Herausgeber (hoofddirecteur) der Wochenzeitung De Andere Krant (<http://www.deanderekrant.nl>)

Unsere Arbeit ist spendenfinanziert – wir bitten um Unterstützung.

Folge TKP auf Telegram oder GETTR und abonniere unseren Newsletter.

WERBUNG



EU lässt sanktionierten Journalisten verhungern (<https://tkp.at/2026/01/10/eu-laesst-sanktionierten-journalisten-verhungern/>)

Ohne Anklage rechtlos gemacht – Wie die EU ihre Kritiker sanktioniert (<https://tkp.at/2026/01/01/ohne-anklage-rechtlos-gemacht-wie-die-eu-ihre-kritiker-sanktioniert/>)

Martin Sonneborn über den Ausbau des EU-Zensur- und -Überwachungsapparats (<https://tkp.at/2025/12/27/martin-sonneborn-ueber-ausbau-des-eu-zensur-und-ueberwachungsapparats/>)

Sanktionsregime der EU: illegal, illegitim, antidemokratisch und autoritär (<https://tkp.at/2025/12/18/sanktionsregime-der-eu-illegal-illegitim-antidemokratisch-und-autoritaer/>)